KOMPAKT

Nachrichten, Glosse, Leserecho

Maskenpflicht-Urteil: Pauschales Arztattest reicht nicht aus

Münster. Pauschal von einem Arzt ausgefüllte Atteste reichen für die Befreiung von der Maskenpflicht in der Schule nicht aus. Das hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) für das Land Nordrhein-Westfalen am Donnerstag entschieden und mitgeteilt. Geklagt hatten Schüler aus Bocholt im westlichen Münsterland. Sie hatten der Schulleitung jeweils zwei gleichlautende Bescheinigungen ihres Arztes vorgelegt. Die Leitung lehnte die Befreiungen ab (Az.: 13 B 1368/20).

Zuerst hatte sich das Verwaltungsgericht Münster in einem Eilverfahren dieser Sicht angeschlossen, jetzt auch das OVG. Laut Corona-Betreuungsverordnung des Landes NRW müssten über die allgemeine Beeinträchtigung beim Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes hinaus konkrete körperliche oder psychische Erkrankungen von einem Arzt benannt werden, heißt es in der Begründung des OVG. Dies sei im Fall der beiden Schüler nicht glaubhaft gelungen. Der Beschluss ist nicht anfechtbar. *dpa*

ZITAT

„Wir sind ja nicht mehr ein Land von 82 oder 83 Millionen Bundestrainern, sondern jetzt ein Land von 82 oder 83 Millionen Virologen."

NRW-Familienminister Joachim Stamp (FDP)

Ermittlungen wegen Beleidigung von Spahn

Köln. Nach Beschimpfungen gegen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) bei einem Wahlkampftermin in Bergisch Gladbach ermittelt die Kölner Staatsanwaltschaft gegen einen 39-Jährigen wegen Beleidigung. Spahn habe Strafantrag wegen des Vorfalls vom 29. August gestellt, sagte ein Sprecher der Behörde. Der 39-Jährige soll den Minister als „schwule Sau" bezeichnet haben. *dpa*

GLOSSE

Corona-Helden verdienen mehr

Die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst sind festgefahren. Die kommunalen Arbeitgeber ziehen die Hosentaschen auf links und heben bedauernd die Schultern. Doch die Beschäftigten sind auf dem Baum. Die Altenpfleger, die Krankenpflegerinnen, die Müllwerker, die Kita-Erzieherinnen, die Angestellten in den Gesundheitsämtern – sie alle haben während der Corona-Krise viel leisten müssen und fordern nun mehr Lohn. Doch während man ihnen noch im Frühjahr für ihren Einsatz mit spontanem Applaus dankte, müssen sie nun mit Streik drohen.

4,8 Prozent mehr fordern die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Die Kommunen hingegen verweisen auf leere Kassen. Sie müssen wegen der Pandemie Steuerausfälle in Milliardenhöhe verkraften, wie sollen sie da höhere Löhne verkraften? Aber die „Corona-Helden" wollen sich nicht mit Brosamen abspeisen lassen.

Dabei ist die Lösung doch ganz einfach: Alle Bürger sollten ihre Dankbarkeit bezeugen und den Beschäftigten wieder Beifall klatschen. 4,8 Prozent mehr Applaus pro Tag – darauf müsste man sich doch einigen können. *CHO*

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Schwindelig

96 Milliarden Euro neue Schulden. Bei der gigantischen Neuverschuldung kann einem schwindelig werden. Die Wortwahl von Finanzminister Scholz wie „Bazooka" und „Wumms" erinnert eher an Comics und soll dem Wähler eine leichte Hand des Geldausgebens ohne Gefahr suggerieren. Die Quittung werden unsere Kinder und Enkel bekommen. Ich befürchte, die Schuldenaufnahme wird bis zur Bundestagswahl noch erheblich gesteigert. **M. Damm,** GE

Müssen statt wollen

Tausende Werkvertragsarbeiter sollen zu Tönnies wechseln. In Ihrem Artikel schreiben Sie, Tönnies wolle bis zu 6000 Beschäftigte einstellen, die bisher über Werkverträge bei Tönnies arbeiten. Das ist nicht korrekt. Tönnies will dies nicht, Tönnies muss! Weil ab 2021 die Werkverträge in der Fleischindustrie nicht mehr zulässig sind. Und dann bleibt abzuwarten, wie dort weiter getrickst wird, um die Profite zu erhöhen.
Hans-Jürgen Pelzers, Oberhausen

@ *Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an:* **meinungsforum@waz.de** *(Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.)*

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE 4

Gründungsherausgeber: Erich Brost und Jakob Funke
Chefredakteur: Andreas Tyrock. **Stellvertreter:** Dr. Anne Krum, Dr. Alexander Marinos.
Desk/Politik: Lutz Heuken (Leitender Redakteur), Torsten Droop (Stellv. Desk). **Chef vom Dienst Lokales:** Heinz-Dieter Schäfer. **Wirtschaft:** Stefan Schulte. **Rhein-Ruhr:** Frank Preuß. **Sport:** Peter Müller. **Kultur:** Jens Dirksen. **Wochenende:** Marc Oliver Hänig. **Düsseldorf:** Dr. Tobias Blasius, Matthias Korfmann. **Redaktion/Reporter:** Andreas Böhme, Annika Fischer, Thomas Mader, Ute Schwarzwald, Hubert Wolf (Rhein-Ruhr), Michael Kohlstadt, Stephanie Weltmann (Politik), Christopher Onkelbach (Politik/Wissenschaft), Frank Meßing, Ulf Meinke (Wirtschaft), Lars Ludwig von der Gönna, Britta Heidemann (Kultur), Georg Howahl, Marc Podgornik, Maren Schürmann (Wochenende). **Produktion:** FUNKE Redaktions Services; Oliver Multhaup (Ltg.), Carsten Oberste-Kleinbeck (Chef vom Dienst). **Technik:** Andreas Mangen.
Mediacampus WAZ: Raufeld Medien, Dr. Sabine Schouten, Paul-Lincke-Ufer 42/43, 10999 Berlin.
Überregionale Inhalte sowie Märkte- und Serviceseiten entstehen in Zusammenarbeit mit der **FUNKE Zentralredaktion Berlin:** Jörg Quoos (Chefredakteur), Jochen Gaugele (Stellv.). Online: Carsten Erdmann (Chefredakteur), Laura Himmelreich (Stellv.).
Anschrift der Redaktion: Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; Internet: waz.de;
E-Mail: zentralredaktion@waz.de.
Verantwortlich für Anzeigen und Verlagsbeilagen: Dennis Prien, Anschrift wie Anzeigen. Anzeigenpreisliste Nr. 45, FUNKE MEDIENGRUPPE (WAZ + NRZ + WR + WP). Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhaltes stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.
Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Tageszeitung.
Anzeigen: FUNKE Media Sales NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen;
E-Mail: vermarktung@funkemedien.de.
Vertrieb: FUNKE Medien NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen.
Vertrieb/Leserservice: Tel. 0800 6060710*, Fax 0800 6060750* (*kostenlose Servicenummer).
E-Mail: leserservice@waz.de.
Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE
Verlag: ZEITUNGSVERLAG NIEDERRHEIN GmbH & Co. Essen, Kommanditgesellschaft, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen, Telefon 0201 8040, Fax 0201 804-2841. Briefanschrift: 45123 Essen.
Geschäftsführer: Ove Saffe, Andreas Schoo, Michael Wüller
Druck: Druckzentrum Hagen GmbH, Hohensyburgstr.67, 58099 Hagen
Für die Herstellung der WAZ wird Recycling-Papier verwendet

Sprach im Düsseldorfer Landtag von laufend neuen Hinweisen: Innenminister Herbert Reul (CDU) FOTO: FEDERICO GAMBARINI / DPA

Aufklären und Durchkehren

Nach Bekanntwerden der rechtsextremen Chat-Gruppe der Mülheimer Polizei wächst die Zahl der Verdachtsfälle. Innenminister Reul beschwört die Selbstreinigungskräfte

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Herbert Reul will gar nicht erst den Eindruck vermitteln, als wäre das Ende der Fahnenstange auch nur in Sichtweite. „Die Zahlen, Daten und Fakten stehen unter einem großen Vorbehalt, weil laufend neue Hinweise dazukommen", sagt der NRW-Innenminister am Donnerstag im Landtag.

Dabei klingen die bislang bekanntgewordenen Vorgänge zu rechtsextremistischen Umtrieben in der NRW-Polizei schon bestürzend genug. Einer Statistik des Innenministeriums zufolge sind seit 2017 insgesamt 104 Verdachtsfälle wegen Rechtsextremismus in den Behörden aktenkundig geworden. In 71 Fällen wird noch ermittelt. Darunter sind auch die Mitglieder privater Chat-Gruppen aus der Mülheimer Polizei, die in der vergangenen Woche bundesweit für Entsetzen gesorgt hatten. Seit 2012 war dort übelste rassistische und rechtsextreme Hetze geteilt worden.

Die Chats waren ein Zufallsfund. Inzwischen sind 31 Beamte suspendiert. 14 sollen für immer aus dem Dienst entfernt werden. „Wer nicht auf dem Boden der Verfassung steht, hat bei uns in der Polizei nichts zu suchen", stellt Reul klar. Längst gibt sich niemand mehr der Illusion hin, es habe sich im Verantwortungsbereich des Polizeipräsidiums Essen/Mülheim um bedauerliche Einzelfälle gehandelt. Allein seit Bekanntwerden der Chats sind weitere 16 Hinweise auf rechtsextreme Umtriebe bei der NRW-Polizei eingegangen. Ein weiterer Beamter aus Essen musste deshalb noch am Donnerstag Waffe und Dienstausweis abgeben. „Hier gibt es wohl keinen Zusammenhang zu den Chatgruppen", so Reul.

Für Aufsehen sorgt auch das jetzt bekanntgewordene Benutzerforum für Bedienstete der Sicherheitsbehörden namens „net4cops". Dort sollen mindestens fünf weitere Bedienstete aus NRW mit rechtsgerichteten Äußerungen aufgefallen sein, die zumindest disziplinarrechtlich relevant sein könnten.

Wenig deutet darauf hin, dass sich die Lage schnell wieder beruhigen wird. Allein im Mülheimer Fall hat die Bochumer Ermittlungseinheit „Parabel" bei den Kollegen über 200 elektronische Speichermedien mit einem Volumen von neun Terabyte sichergestellt. Das Material muss erst noch ausgewertet werden und könnte schlimmstenfalls sogar Verbindungen der Polizei ins Neonazi-Milieu zu Tage fördern.

Kontakt zu „Steeler Jungs"?

Schon jetzt geht man dem möglichen Kontakt eines Chat-Teilnehmers zur rechtsextremen Bürgerwehr „Steeler Jungs" aus Essen nach. Es gebe „einen Hinweis", der geprüft werde, sagt Reul. Es gehe um eine Facebook-Verbindung. „Ob es solche Verbindungen dann tatsächlich im echten Leben gibt oder gab und ob diese auch straf- und disziplinarrechtlich relevanter Natur sind, wird ermittelt."

Politisch bemüht sich der Minister erkennbar, noch einmal seinen Coup nach der Enttarnung des Kindesmissbrauchs auf einem Campingplatz im ostwestfälischen Lügde zu wiederholen. Damals gab er den unerschrockenen Aufklärer und krempelte die Ermittlungsarbeit komplett um. Bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus in den eigenen Reihen fällt es gleichwohl schwerer, mit eisernem Besen durchzukehren. Es geht schließlich um Selbstverständnis und Autorität des gesamten Sicherheitsapparats. Lange wurde überdies bestritten, dass die NRW-Polizei überhaupt ein „Rechts"-Problem haben könnte.

Der Instinktpolitiker Reul wird heute dankbar sein, dass er 2018 eine Überprüfung des Verfassungsschutzes für Kommissarsanwärter einführte, 2019 alle Beamten zum „Wertedialog" einlud und Anfang dieses Jahres jeder Behörde einen „Extremismusbeauftragten" aufzwang. Nichtstun muss er sich in der delikaten Frage nicht nachsagen lassen.

Doch funktionieren die „Selbstreinigungskräfte" des Apparats mit 50.000 größtenteils tadellosen Bediensteten wirklich, wie Reul meint? Die einflussreiche Gewerkschaft der Polizei warnt vor einem zu pauschalen Urteil und nimmt sogar die passiven Chat-Teilnehmer in Schutz. In einer Mitteilung heißt es: „Natürlich müssen sich die Beteiligten fragen lassen, warum sie auf die unerträglichen Posts ihrer Kollegen nicht sofort reagiert haben. Das war ein Fehler. Aber das macht sie noch nicht zu Nazis."

Schärfere Corona-Auflagen für große Feiern

Feste in eigener Wohnung aber nicht betroffen

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. Als Konsequenz aus den Verstößen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen bei einer türkischen Großhochzeit und auf damit verbundenen weiteren Feiern sollen die Vorschriften NRW-weit verschärft werden. Ab 1. Oktober müssen Privatfeiern ab 50 Gästen zwei Wochen vorher beim jeweiligen Ordnungsamt angemeldet werden.

Die Stadt Hamm war in dieser Woche vorgeprescht, weil nach der Hochzeit die Corona-Fallzahlen dramatisch gestiegen waren. Private Feiern mit „geselligem Charakter", zum Beispiel runde Geburtstage, Hochzeiten, Jubiläen, sind dort schon ab 25 Personen anzeigepflichtig. Feiern mit 50 bis 150 Gästen müssen von der Stadt genehmigt werden. Außerdem dürfen sich dort nur noch höchstens fünf Personen oder Personen aus zwei Haushalten in der Öffentlichkeit treffen.

Landesweit werden ab Oktober nicht ganz so strenge Regeln für Feste gelten wie in Hamm. Die neue Meldepflicht gilt erst ab 50 Gästen, die Obergrenze von 150 Gästen bei Feiern im öffentlichen Raum bleibe vorerst bestehen, erklärte das Gesundheitsministerium. Die Pflicht zum Vorlegen einer Gästeliste soll den kommunalen Behörden einen besseren Überblick ermöglichen und die Kontrolle erleichtern. Nicht betroffen sind Privatfeiern in der eigenen Wohnung. Hier gelte in NRW „der hohe Grundrechtsschutz der Privatsphäre", versicherte das Gesundheitsministerium am Donnerstag. NRW habe sich von Beginn der Krise an dafür entschieden, „in diesen Bereich nicht durch Verbote und vor allem die dann erforderlichen behördlichen Kontrollen hineinzuregieren, sondern auf die gelebte Eigenverantwortung der Menschen zu vertrauen."

Der Koalitionspartner FDP kritisierte den Gesundheitsminister für seinen Vorstoß. „Die Anmeldung von privaten Feiern führt zu weiterer Bürokratie, ohne effektiv für mehr Schutz zu sorgen", sagte Henning Höne, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Landtag.

NRW will bei Klinikreform die Kommunen einbinden

Krankenhäuser sollen sich stärker spezialisieren

Von Stephanie Weltmann

Karl-Josef Laumann FFS

Essen. Bei der geplanten Klinikreform in NRW will Landes-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) auf einen Schulterschluss mit den Spitzen der Kommunen setzen. Auch Oberbürgermeister und Landräte müssten an der Diskussion um die Kliniklandschaft vor Ort beteiligt werden, machte Laumann bei einer digitalen Gesprächsrunde der AOK Nordwest am Mittwochabend deutlich. Die Frage etwa, ob und wo Standorte aufgegeben werden, hat für den Minister eine gesellschaftliche Dimension: Man müsse höllisch aufpassen, nicht zu spalten.

Gerade in Ballungszentren konkurrieren nach Ansicht des Landes zu viele Kliniken um gleiche Leistungen. NRW will mit der Reform erreichen, dass sich Träger abstimmen und sich Kliniken auf Fachbereiche konzentrieren, um so die Qualität der Behandlung zu verbessern. Es wird erwartet, dass in Ballungsräumen nicht alle Kliniken erhalten bleiben. Am Beispiel der Stadt Essen verwies der Minister auf die Fallstricke: Es gebe dort zwar zu viele Krankenhäuser. „Aber man wird Kliniken nicht nur in einem Stadtteil schließen können. Deshalb ist es gut, die Kommunalpolitik zu beteiligen." Im Essener Norden hatte jüngst die Entscheidung des Krankenhausbetreibers Contilia, zwei Hospitäler aufzugeben, für viel Unmut gesorgt.

Die Reform sei ein anspruchsvolles Unternehmen, sagte Laumann im Gespräch mit Vertretern von AOK Nordwest, Ärzteschaft und Krankenhäusern. Von Überlegungen, das Vorhaben bis 2022 abzuschließen, rückte er auf dem Podium ab. „Der Prozess wird zwei, drei Jahre dauern." In den ersten zwei Monaten 2021 soll der Rahmenplan stehen, dann beginnen die Diskussionen in den 16 regionalen Planungsbezirken um die Frage, welches Krankenhaus was macht. Einigen sich die Beteiligten nicht, entscheidet das Ministerium.